



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

interfraktioneller Antrag öffentlich Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN SPD-Fraktion CDU-Bezirksfraktion DIE LINKE-Fraktion FDP-Fraktion Hamburg-Nord	Drucksachen-Nr.: 21-1779
	Datum: 16.11.2020
	Aktenzeichen: 123.70-34

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg	16.11.2020

Hamburg-Nord sagt NEIN zu Nazi-Aktivitäten! **Interfraktionelle Resolution**

Sachverhalt:

Im November 2020 jährte sich die „Reichspogromnacht“, in der Nationalsozialist*innen Synagogen anzündeten und jüdisches Leben vernichteten, zum 82. Mal.

2020 ist nicht nur das Jahr der Anschläge von Hanau und des Angriffs auf einen jüdischen Mitbürger vor der Synagoge in Hamburg, auch im Bezirk Hamburg-Nord gab es rechtsradikale Aktivitäten: Anfang November wurden vor mehreren Häusern Stolpersteine [1] mit einer zementartigen Masse übergossen und so unkenntlich gemacht. Verbotene Wolfsrunen [2], ein Nazi-Erkennungszeichen, wurde in Wohngebieten gesprüht. Das Stören des Andenkens an NS-Verfolgte und das offene Anbringen von NS-Symbolen im Straßenraum geht weit über den Tatbestand der Sachbeschädigung hinaus und darf nicht verharmlost werden.

Wir, die in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord vertretenen Fraktionen, verurteilen mit Bestürzung und Empörung die rechtsradikalen Aktivitäten im Bezirk. Für solche Handlungen kann es keine Akzeptanz geben. Sie sind Nährboden für das Erstarken neonazistischen Gedankenguts.

Wir sind uns einig in der Verteidigung demokratischer Grundwerte, zu denen die Erinnerungskultur wider das Vergessen der Gräueltaten des Nationalsozialismus gehört. Das gilt für uns nicht nur in der jährlichen Woche des Gedenkens anlässlich des Holocaust-Gedenktages am 27. Januar. Es ist und bleibt gelebte Praxis aller Fraktionen.

Wir unterstützen die Bewohner*innen des Bezirks sowie zivilgesellschaftliche Institutionen in ihrem Einsatz gegen jeglichen Versuch Rechtsextremer, bei uns Fuß zu fassen. Wir fordern alle Bürger*innen auf, dabei nicht nachzulassen!

Gemeinsam werden wir alle demokratischen Mittel einsetzen, damit Rechtsextreme und Neonazis im Bezirk Hamburg-Nord und in Hamburg insgesamt keine Heimat finden.

Für die GRÜNE Fraktion

Daniela Dalhoff

Für die SPD-Fraktion

Rüdiger Wendt

Für die CDU-Fraktion

Stefan Baumann

Für die Fraktion DIE LINKE

Jonas Wagner

Für die FDP-Fraktion

Claus-Joachim Dickow

[1] u.a. im Winterhuder Weg 86 sowie in der Humboldtstraße 56 vor der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg (Barmbek-Süd)

[2] u.a. Funhofweg Ecke Elligersweg, Wilhelm-Drexelius-Weg Ecke Harkensee (Barmbek-Nord) sowie in der Feuerbergstraße Ecke Rübenkamp (Ohlsdorf), auf dem Weg zur Einrichtung des Kinder- und Jugendnotdienst, in dem auch minderjährige unbegleitete Flüchtlinge leben

Anlage/n:

Keine